



## Auf ein Wort

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

mehr als 135 Tage hat es gedauert, bis nach der letzten Bundestagswahl der erste Koalitionsvertrag vorlag. Wieder einmal ist die Führungsriege der SPD umgekippt und möchte – trotz vehementem Gegenwind aus eigenen Reihen – in eine Koalition mit der Union eintreten. Beim Blick auf das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen fällt auf: Es ging weniger um die Durchsetzung sozialdemokratischer Positionen als um die Besetzung von Ministerien. Mit dem Rücktritt von Martin Schulz innerhalb weniger Stunden war das Chaos perfekt. Inzwischen liegt die SPD auf Augenhöhe mit der AfD. Ein Trauerspiel.

Außerdem geht es in diesem Rundbrief um die Frage, wie Arbeitszeit neu gestaltet werden kann, warum die Russland-Sanktionen wenig Sinn machen und dass mit Ackerland nicht spekuliert werden darf.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre!

Euer

## SCHWERPUNKT

### Air Berlin-Insolvenz: Bruchlandung für die Beschäftigten

Als der ehemalige Manager von Eurowings, Thomas Winkelmann, im Februar 2017 zur angeschlagenen Air Berlin wechselte, wurde eine Insolvenz bereits mitgedacht: Über eine Bankbürgschaft ließ sich der Manager sein Gehalt im Falle einer Insolvenz bis 2021 absichern.

Für die Beschäftigten bedeutete die Insolvenz hingegen eine Bruchlandung. Wer nicht mehr gebraucht oder direkt entlassen wurde, wurde auf Widerruf freigestellt. Für die Beschäftigten war das die denkbar ungünstigste Situation. Sie bekamen so keinen Lohn mehr, konnten sich aber auch nicht arbeitslos melden, ohne selbst zu kündigen und damit alle Rechtsansprüche in der Insolvenz zu verlieren.

Lufthansa versuchte, die missliche Lage der Beschäftigten auszunutzen, um für Eurowings billige Arbeitskräfte zu rekrutieren. Viele der Beschäftigten weigern sich, zu dieser Billig-Airline zu wechseln und schlechtere Arbeitsbedingungen mit bis zu 40 Prozent Einkommenseinbußen in Kauf zu nehmen. Die Aussage der Bundesregierung, mit ihrem Kredit über 150 Mio. den Beschäftigten eine Zukunftsperspektive zu ermöglichen, liest sich vor diesem Hintergrund wie blanker Hohn.



Insbesondere, da die Bundesregierung an die Vergabe des Kredites keinerlei Bedingungen geknüpft hat. Es scheint, dass sich die Bundesregierung für 150 Mio. Euro einen skandalfreien Wahlkampf erkaufen wollte. Die Belange der Beschäftigten waren ihr offensichtlich egal.

Egal war ihr scheinbar auch das Risiko, dass der Kredit von Air Berlin nicht zurückgezahlt werden könne. Zumindest handelte die Bundesregierung grob fahrlässig. Warnungen von Beratern wurden ignoriert. Stattdessen vertraute man den Versicherungen von Lufthansa Chef Jens Spohr, es werde schon alles gutgehen. Zu sehr hoffte man wohl auf einen „neuen nationalen Champion der Luftfahrt“ unter dem Zeichen des Kranichs,

wie Bundesverkehrsminister Dobrindt im August frohlockte. Doch die Übernahme von Teilen von Air Berlin durch die Lufthansa scheiterte – nicht völlig unerwartet – an der europäischen Kartellbehörde.

Das zeigt wieder einmal: Wenn sich die Politik mit der Wirtschaft ins Bett legt, riskiert sie am nächsten Morgen verkatert und beraubt aufzuwachen. In diesem Falle verliert der Bund bis zu 90 Millionen Steuergelder. Das verantwortungslose Verhalten der Bundesregierung in der Air Berlin Insolvenz wird den Bundestag sicher noch eine Weile beschäftigen. ◀

ARBEITSZEITEN, DIE  
ZUM LEBEN PASSEN  
LANDTAGSWAHL  
IN BAYERN

## Die Chaospartei

### Raus aus den Sanktionen gegen Russland

Zuletzt ist der Handel nach Jahren der Flaute zwischen Deutschland und Russland wieder gestiegen. Nichtsdestotrotz sollten die Wirtschaftssanktionen gegen Russland endlich beendet werden. Sie waren nicht zielführend, sondern haben die politischen Probleme verschärft. Darüber hinaus widersprechen die Sanktionen eklatant den wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen Deutschlands und Europas. Eine Studie des Instituts für Weltwirtschaft vom Dezember kam zu dem Ergebnis, dass die Sanktionen gegen Russland bis Ende 2015 zu einem Handelsverlust von insgesamt 114 Milliarden US-Dollar führten. Von diesen Verlusten entfallen 60 Prozent auf Russland. Der Rest wird von den sanktionierenden Ländern getragen, 90 Prozent davon von der EU, 40 Prozent von Deutschland. Für die USA stellt sich die Situation anders dar: Auf sie fallen nur 0,6 Prozent des Rückgangs im Westen. Es ist daher falsch, die Argumentation der USA zu übernehmen. Hinter dieser stecken eigene wirtschaftliche Interessen. Die Amerikaner wollen Russland Marktanteile in Europa abjagen, um ihre überschüssige Energie hierher zu exportieren. Zu dieser Strategie gehören auch die angekündigten Maßnahmen gegen Unternehmen aus Drittstaaten, die sich an der geplanten Gaspipeline Nord Stream 2 zwischen Russland und Europa beteiligen wollen.

**Inzwischen liegt der Koalitionsvertrag von Union und SPD vor. „Hart verhandelt“ – wie Schulz versprach – wurde ganz offensichtlich vor allem über Posten.**

Die von Schulz propagierte „sozialdemokratische Handschrift“ kann man im Koalitionsvertrag erkennen. Mit gerade einmal dreieinhalb Seiten ist es das Kapitel „Gute Arbeit, breite Entlastung und soziale Teilhabe sichern“ das kürzeste des 177-seitigen Vertrages. Die von der SPD als „Grundvoraussetzung zur Aufnahme der Sondie-

runsgespräche“ bezeichnete Bürgerversicherung kommt im Koalitionsvertrag überhaupt nicht vor. Übrig blieb nur die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung. Kein Wort auch zu einer Vermögens- oder Millio-närsteuer – aber weltweit soll ein wettbewerbsfähiges Steuer- und Abgabensystem eingeführt werden. Oder im Klartext: Die Tür zu einer Senkung der Unternehmensteuer à la Trump soll offen bleiben. Auch die sachgrundlose Befristung wollte die SPD abschaffen. Jetzt haben sie eine halbherzige Regelung

geschaffen, von der nur ein Bruchteil der Beschäftigten profitiert. Die Eindämmung von Leiharbeit und Minijobs? Anhebung des Mindestlohns? Fehl-anzeige! Stattdessen sollen Möglichkeiten geschaffen werden, das Arbeitszeitgesetz per Tarifvertrag aufzuweichen. Sollten die SPD-Mitglieder der GroKo grünes Licht geben, sind kaum Verbesserungen für die Mehrheit der Menschen in diesem Land zu erwarten. Das ist fatal, so wird der Rechtsruck nicht gestoppt. In den letzten Umfragen liegt die SPD fast gleichauf mit der AfD. ◀

### ARBEIT

## Arbeitszeiten, die zum Leben passen

**Viele Beschäftigte arbeiten weit über die reguläre Arbeitszeit hinaus und auch am Wochenende. Allein im Jahr 2016 wurden von abhängig Beschäftigten 1,7 Milliarden Überstunden geleistet, mehr als die Hälfte davon unbezahlt.**

Eine Umfrage der IG-Metall zeigt: Beschäftigte wünschen sich planbare Arbeitszeiten, auf die sie selbst Einfluss nehmen können - Arbeitszeiten, die Raum für das eigene Leben lassen.

Bisher orientieren sich flexible Arbeitszeiten vor allem an den Bedürfnissen der Arbeitgeber. Es ist Zeit, dass sich Beschäftigte diesen Gestaltungsspielraum zurückholen. In der Tarifrunde im Februar hat die IG Metall genau das für den Tarifbezirk Baden-Württemberg erstritten: Ab April bekommen die Be-

schäftigten nicht nur mehr Geld, sondern haben auch Anspruch, ihre Arbeitszeit befristet auf bis zu 28 Stunden pro Woche für bis zu 24 Monate zu verkürzen. Ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Jetzt brauchen wir gesetzliche Rahmenbedingungen, um allen Beschäftigten mehr Selbstbestimmung bei Lage und Länge der Arbeitszeit zu gewähren. Im Koalitionsvertrag ist

zwar ein Recht auf befristete Teilzeit enthalten, das soll aber nur für Betriebe mit mehr als 45 Beschäftigten gelten – damit sind über 95 Prozent der Betriebe draußen – und dann auch nur in engen Grenzen. Gleichzeitig sollen Experimentierräume zur Öffnung des Arbeitszeitgesetzes geschaffen werden, im Sinne der Arbeitgeber. Der Kampf um Arbeitszeiten, die zum Leben passen, geht weiter! ◀



## Landtagswahl - nutzen wir diese Chance!

**Am 14. Oktober wird in Bayern der neue Landtag gewählt. Nach dem guten Abschneiden der LINKEN in Bayern bei den letzten Bundestagswahlen mit 6,1 Prozent ist es nicht ausgeschlossen, dass uns der Einzug ins Maximilianeum dieses Jahr gelingt.**

Das wäre passend zum 100-jährigen Jubiläum des Freistaats. Denn am 8. November 1918 rief der Sozialist Kurt Eisner mit den Worten „Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt! Bayern ist fortan ein Freistaat!“.

Heute tut die Truppe um Söder so, als hätte sie den Freistaat erfunden. Doch mit dem Freistaat Bayern und der dortigen revolutionären Bewegung nach dem ersten Weltkrieg hat die CSU nichts zu tun. In der daraus resultierenden Räterepublik wurde in Bayern der Achtstundentag eingeführt und Frauen bekamen das Wahlrecht – Forderungen, die gegen die Konservativen durchgesetzt werden mussten!

Ich bin davon überzeugt, dass wir den Einzug in den Landtag schaffen können!

Der CSU ist es gelungen, bayerische Traditionen, bayerische Lebensart, bayerische Kultur, ja selbst die Schönheit Bayerns als mit der CSU identisch zu verkaufen. Doch Bayern ist nicht gleich CSU! Nur 30 Prozent der Wahlberechtigten in Bayern, also nicht einmal ein Drittel, haben bei der letzten Bundestagswahl CSU gewählt. Die Mehrheit der Bayern will nämlich mit dieser Amigo-Partei und Skandaltruppe nichts zu tun haben.

Nutzen wir diese Chance! ◀

## LANDWIRTSCHAFT

### Bauerland in Bauernhand



**Landwirtschaftliche Fläche wird mehr und mehr zum Spekulationsobjekt. Immer mehr landwirtschaftsfremde Investoren wie etwa Versicherungskonzerne kaufen Boden als sichere Geldanlage und treiben so die Preise in die Höhe.**

In Bayern sind Agrarflächen so teuer wie in keinem anderen Bundesland. Im Schnitt kostete der Hektar 2016 51.945 Euro, im Bundesdurchschnitt 22.310 Euro. Auch bei der Preissteigerung nimmt Bayern einen Spitzenplatz ein - mit einer Verdopplung von 2010 auf 2016. Nur in

Mecklenburg-Vorpommern fiel die Steigerung mit 113,4 Prozent noch stärker aus - allerdings auf einem deutlich niedrigeren Niveau. Deutschlandweit betrug die Steigerung 88,2 Prozent.

Diese Preisentwicklung ist ein großes Problem für die Landwirte. Die Bodenpreise liegen längst jenseits des Ertragswertes. Das Grundstückverkehrsgesetz, das unter anderem den Fortbestand land- und forstwirtschaftlicher Betriebe sichern soll, indem die Landwirtschaft vor dem Ausverkauf ihres Bodens geschützt wird, scheint

nicht auszureichen. Das soll unter anderem daran liegen, dass das Vorkaufrecht für Landwirte nur in eingeschränkten Fällen greift und dass diese denselben Preis zahlen müssten, den der Investor zuvor mit dem Verkäufer ausgehandelt hat.

Um den Zugang zum Boden für die Landwirtschaft zu sichern, muss der Bodenmarkt strenger reguliert werden. Außerdem sind die Bodenbesitzverhältnisse dringend offenzulegen, um eine problematische Verteilung des Bodens besser erkennen zu können. ◀

### Stellenabbau bei Siemens

Im November hat Siemens-Chef Joe Kaeser Kapazitätsanpassungen und „schmerzhafte Einschnitte“ bei den Beschäftigten angekündigt - vor allem in der Kraftwerkssparte „Power & Gas“.

In den kommenden Jahren sollen weltweit 6.900 Arbeitsplätze gestrichen werden - in Deutschland knapp 3.400. Darüber hinaus sollen die Werke in Leipzig und Görlitz geschlossen und die Standorte in Offenbach und Erlangen zusammengelegt werden. Für den Standort Erfurt prüft der Konzern einen Verkauf.

Gleichzeitig ist der Gewinn des Unternehmens in 2017 auf 6,2 Mrd. Euro gestiegen. Selbst in den vom Umsatzrückgang betroffenen Geschäftsfeldern lag die Ergebnismarge bei 10,3 Prozent. Damit trägt ein hochprofitabler Konzern den geplanten Umbau auf dem Rücken der Beschäftigten aus und will die Allgemeinheit dafür aufkommen lassen: Die ins Spiel gebrachten Instrumente wie Beschäftigungsgesellschaften, Frührente oder Altersteilzeit werden in der Regel durch Beitragsmittel der Sozialversicherungssysteme finanziert. Darüber hinaus hat Siemens in den vergangenen zehn Jahren 300 Mio. Euro staatliche Forschungs- und Wirtschaftsförderungsmittel erhalten. Etwa 35 Mio. davon flossen an die betroffenen Standorte. Und als ob das nicht genug wäre, kündigte Kaeser auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos an, eine neue Generation von Gasturbinen in den USA bauen zu wollen. Die Bundesregierung sollte endlich gesetzlich dafür sorgen, dass Massenentlassungen bei rentablen Unternehmen gesetzlich unterbunden werden.

In dieser Legislaturperiode konnte die LINKE den Vorsitz für den Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für sich beanspruchen. Deshalb bin ich seit Ende Januar Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses. Ich finde das sehr charmant, insbesondere da die wirtschaftspolitischen Kompetenzen der Linken oft unterschätzt werden. Nun können wir zeigen, wie wir uns etwa den Umbau in der Industrie, die Digitalisierung und die Energiewende vorstellen.

(Foto: Deutscher Bundestag/  
Marc-Steffen Unger)



## NEUES IM INTERNET

### Presse, Reden, Parlamentarisches

Die **↘Main-Post** geht auf den Politischen Aschermittwoch der LINKEN in Schweinfurt ein, der wie immer sehr gut besucht war. Auch die Stimmung war bestens!

Mein Rat in einem **↘Gastartikel** an die SPD wurde leider nicht befolgt. Die SPD hätte mit starken Forderungen in die Verhandlungen gehen müssen. Nur so hätte es einen Politikwandel geben können.

Hier rede ich im Plenum zu unserem Antrag auf **↘Einführung einer Millionärsteuer**. In keinem größeren Industriestaat der OECD werden Vermögen so stark geschont wie in Deutschland. Hier kom-

men nur 2,6 Prozent des Gesamtsteueraufkommens aus vermögensbezogenen Steuern.

Der **↘Jahreswirtschaftsbericht** der Bundesregierung spart wichtige Punkte aus: den strukturellen Exportüberschuss und dass wir den größten Niedriglohnsektor in Westeuropa haben.

Trumps Kurs, **↘Steuern für Unternehmen** zu senken, darf nicht gefolgt werden. Am Ende eines solchen Steuersenkungswettbewerbs stehen ein abgemagerter Staat und eine weiter belastete Bevölkerungsmehrheit, welche gerade auf die Leistungen der öffentlichen Hand angewiesen ist.

Trotz Rekordwerten bei den **↘Erwerbstätigenzahlen** darf sich die Bundes-

regierung nicht zurücklehnen. Das hohe Niveau an Leiharbeit und befristeter Beschäftigung ist nicht hinnehmbar.

In einer **↘Kleinen Anfrage** wollen wir wissen, welche Steuerminderungen unbezahlte Überstunden verursachen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat die diesbezüglich entgangene Lohnsumme zuletzt auf mehr als 20 Mrd. Euro geschätzt.

Hier fragen wir die Auswirkungen der **↘vorläufigen Anwendung von CETA** ab. Seit dem 21. September 2017 sind weite Teile des CETA-Abkommens in Kraft.

Ein Quote in der Welt zu den **↘Rekordüberschüssen** des Staates. Angesichts der negativen Nettoinvestitionen des Staates ist er kein Grund zum Feiern.

#### Impressum & Kontakt

##### ViSdP

Klaus Ernst (MdB)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

##### Telefon & eMail

Berlin: 030 - 22 77 03 67, Klaus.Ernst@bundestag.de  
Schweinfurt: 09721 - 730 9811, Klaus.Ernst.ma05@bundestag.de  
Coburg: 09561 - 7959203, Klaus.Ernst.ma04@bundestag.de

Internet [www.Klaus-Ernst-MdB.de](http://www.Klaus-Ernst-MdB.de)  
Facebook [www.facebook.com/mbd.klaus.ernst](http://www.facebook.com/mbd.klaus.ernst)  
Twitter [www.twitter.com/ernst\\_klaus](http://www.twitter.com/ernst_klaus)

##### Klaus Ernst

aktuell erscheint regelmäßig und kann kostenlos bestellt werden. Der Versand erfolgt per eMail.

facebook